

griffen hat, weil er trotz aller bisher angewandten Mitteln (Parteisanktion, Ermittlung, Verhaftung und dgl.) den Einfluss und die Anziehungskraft der Trozkisten mehr denn je fürchtet. Für die letzte Vermutung spricht jedenfalls der Umstand, daß die Sowjetregierung die Meldung von der Verhaftung nicht selbst veröffentlicht hat und daß sie sich nach 24 Stunden noch immer nicht dazu entschließen kann, sie zu bestätigen oder zu dementieren.

Man verzögert das Eingeständnis

D. Berlin, 11. Januar. (Eig. Funkpruch.) Die russische Regierung hat bisher die Meldung des Berliner Tageblattes über die Verhaftung der bolschewistischen Oppositionsführer nicht mit einem Wort dementiert. Das gleiche gilt von der russischen Botschaft in Berlin, die sonst sehr eifrig mit Dementis bei der Hand ist. Demgegenüber belagert die aus Moskau stammende Meldung des Wolff-Bureaus, daß dort „in sonst gutunterrichteten Kreisen“ von der angeblichen Verhaftung „zur Zeit“ nichts bekannt ist. Wie kann man überhaupt eine solche sinnlose Meldung verbreiten, daß zur Zeit in sonst gutunterrichteten Moskauer Kreisen nichts bekannt ist? „Zur Zeit“ heißt, man will noch Zeit gewinnen, ehe man es zugibt.

Der Schacher um die Schule

D. Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien trat am Dienstag im Reichstag unter dem Vorsitz des Deutschnationalen Grafen Westarp zur Beratung der strittigen Punkte des Reichsschulgesetzes zusammen. Die Besprechungen wurden nach dreistündigen Auseinandersetzungen ohne Ergebnis abgebrochen und auf Mittwoch vertagt. Es scheint fast, als ob der am Montag von parlamentarischer Seite verbreitete Optimismus über den zu erwartenden Ausgang der Verhandlungen voreerst nicht ganz berechtigt ist. Jedenfalls ist man nach unseren Informationen bisher einer Lösung der strittigen Fragen kaum nähergekommen.

D. Berlin, 11. Januar. (Eig. Funk.) Wie die Tägliche Rundschau meldet, kam man überein, daß die Vertreter der Fraktionen und der Reichsministerien bis heute nachmittag 2 Uhr ihre Aufassung über die umstrittenen Punkte in Vertikal formulierter Anträge vorlegen. Es soll dann versucht werden, einen für alle Fraktionen gangbaren „Mittelweg“ zu finden.

Wenn auch formelle gegenseitige „Widerungen“ aufgefunden werden sollten, so bleibt die Zerstückelung der Gesamtschule und die Auslieferung der Konfessionschule an die Kirche sicherlich die das Schulgesetz beherrschende Tendenz.

Neue Waffenschiedungen

D. Berlin, 11. Januar. (Eig. Funkpruch.) In Vorkau bei Ziel wurde von der Zollbehörde eine Sendung von etwa 250 Tonnen Gewehrmunition, die mit dem norwegischen Dampfer Akter ins Ausland gehen sollte, beschlagnahmt. Der Ursprung dieser Munition ist noch nicht festgestellt. Ebenso weiß man nicht, in welches „Ausland“ die Waffen verschoben werden sollten.

Eine Meldung der Wiener Neuesten Nachrichten besagt, daß die Waffen, die als „Stückgut“ nach Osta besetzt, aber dann deklariert waren, nach China gehen sollten. Offen bleibt die Frage nach dem Ursprungsort der Munition. Es darf wohl angenommen werden, daß es sich um ausländische Munition handelt, etwa aus der Tschechoslowakei, und daß Galle, von wo der Transport kam, nur als Uebergangsort für das Stückgut in Frage kommt. Die beschlagnahmte Munition soll in Ziel vernichtet werden.

In Halle wird behauptet, daß tatsächlich 16 nach Ziel bestimmte Güterwaggons durchgekommen sind. Die Wagen kamen aus der Richtung Torgau, so daß Halle also nur als Durchgangsstation in Frage kommt.

Ein Reichsbannerkamerad ermordet

Conradsh, 10. Januar. In dem Dorfe Wulfien geriet das Mitglied des Reichsbanners, Kallan, in politische Meinungsverschiedenheiten mit dem Landwirt Duse. Die beiden befanden sich gemeinsam auf dem Weimwege und diskutierten sehr lebhaft über politische Fragen, wobei der angegriffene Duse in immer größerer Erregung geriet. Als die beiden vor der Wohnung des Landwirts Duse angekommen waren, ließ Duse in das Haus, wohin eine Anzahl Leute von der Wand und schon hinter Kallan her. Eine Zerwühlung trat ein, so unglücklich, daß er tot zusammenbrach. Der Landwirt Duse wurde verhaftet.

Der Niedergang der SPD.

Aus Raunheim wird uns berichtet: In Baden ist die kommunistische Partei in einem unerschütterlichen Niedergang begriffen. Der Rückgang ist überall groß, daß man schon nicht mehr sagt, den Mitgliedern die genauen Zahlen über den Mitgliederstand anzugeben. Von ehemals 6000 Mitgliedern im Bezirk Baden fallen nur noch 800 bis 1000 vorhanden sein, davon in Raunheim etwa 300. Der größte Teil dieser Mitglieder besteht aus jungen Leuten, die vom Frontkampfbund übertraten. Ältere, gewerkschaftlich gebildete Mitglieder sind keine 10 Prozent vorhanden. Das Parteibüro für Raunheim, die Arbeiter-Zeitung, hat noch etwa 200 Abonnenten, davon in Raunheim etwa 100. Nur infolge der hohen Zinsen für die Raunheimer Bank ist das Blatt noch über Wasser gehalten. Natürlich geht auch in Baden, trotz der minimalen Mitgliederzahl, die Spaltungstendenzen in hohem Maße. Man wollte ja die Parteiführer, deren Namen im Verdacht der Opposition stehen, entlassen.

Am Landtag waren die Kommunisten nach der letzten Wahl mit vier Mann vertreten. Jetzt bestehen unter den vier Mann bereits zwei kommunistische Gruppen. Die gegenseitige „Zänberei“ geht fort bis zum Verhängnis.

Verhandlungen über den Schiedspruch in der Eisenindustrie. Am 10. wird mitgeteilt: Bei der Durchführung des Schiedspruchs für die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie sind in einzelnen Betrieben Schwierigkeiten aufgetreten. In deren Behebung sind im Reichsarbeitsministerium am 10. Januar eine Besprechung zwischen den Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften statt. Die Parteien kamen dabei überein, die Besprechungen am nächsten Freitag in Essen unter Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums und des Landrats für den Bezirk Rheinland in einer kleinen Kommission fortzusetzen.

Ein Wahlsieg der Arbeiterpartei

S. London, 10. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Nachwahl in Nordhampton, der ein mit ungewöhnlicher Festigkeit geführter Wahlkampf vorausgegangen war, ergab den Sieg des Kandidaten der Arbeiterpartei, Leifrange Malone, über die Konservativen, in deren Besitz sich der Wahlkreis bisher befunden hatte. Lediglich die Kandidaten der Arbeiterpartei und der Liberalen vermochten gegenüber der letzten Wahl einen absoluten Stimmenzuwachs zu verzeichnen, während der offizielle konservative Kandidat 2000 Stimmen einbüßte. Ein unabhängiger konservativer Kandidat vermochte nur 1000 Stimmen zu erzielen.

Der Sieg der Arbeiterpartei ist um so bemerkenswerter, als der Kampf gegen den Arbeiterkandidaten, der früher kurze Zeit der kommunistischen Partei angehört hatte, von der bürgerlichen Seite mit den schäufigsten Mitteln geführt wurde. Mit Malone, einem früheren aktiven britischen Offizier, der vor seinem Eintritt in die Politik in wichtigen Militäremissionen Verwendung fand, gewinnt die Unterhausfraktion der Arbeiterpartei einen Militärsachverständigen hohen Ranges.

Schweden fordert Schiedsplatte

Genf, 10. Januar. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat von der schwedischen Regierung für die Abrüstungskonferenz den Entwurf eines allgemeinen Schlichtungs- und Schiedsvertrages erhalten. Der Entwurf nimmt die Grundzüge des Berner-Paktes wieder auf und sieht vor, daß Streitigkeiten dem Internationalen Gerichtshof oder einem Sondertribunal und politische Streitfälle einem Schlichtungsausschuss unterbreitet werden und, wenn der Schlichtungsversuch fehlschlägt, vom Völkerbund weiterbehandelt werden.

Die norwegische Regierung hat ebenfalls einen Entwurf eingebracht, der auf den gleichen Grundgedanken aufgebaut ist.

Die englischen Bedenten

S. London, 10. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die englische Regierung hat den Entwurf eines Sicherheitspaktes ausgearbeitet. Der Entwurf soll in den nächsten Tagen dem Sicherheitskomitee des Völkerbundes vorgelegt werden. In ihm kommt zum Ausdruck, daß die englische Regierung nach wie vor nicht imstande sei, bindende Verpflichtungen zu militärischen Aktionen zu übernehmen, die über die Verpflichtungen von Locarno hinausgehen.

Die Devoli gerichtet!

Die „Devoli“ überschüttet die Linkspresse seit Tagen mit anmaßenden Verhöhnungen. Sie versucht darin ihre einseitige politische Einstellung und vor allem ihre Beziehungen zu Eugenberg zu bestreiten. Dazu nimmt jetzt ein Kenner der Filmindustrie im demokratischen Zeitungsdienst das Wort, indem er schreibt:

„Wenn die Devoli behauptet, zu den Tendenzen des Reichsbundes für Vaterländische Lichtspiele keine Beziehungen zu haben, so schließt sie damit der Wahrheit ins Gesicht. Sie hütet sich auch wohlweislich, gegen die auch von dem Reichsbund, dem offiziellen Organ des Reichsbundes deutscher Lichtspieltheaterbetreiber, gebrauchte Stellung zu nehmen, daß zwischen Herrn Claudius, dem der Devoli und dem Reichsbund für Vaterländische Lichtspiele ein Monopolvertrag abgeschlossen ist, in dem Herr Claudius verpflichtet, für die Devoli nach den „Tendenzen und ethischen Werten des Reichsbundes zu handeln und zu verfahren“. Dieser Vertrag trägt das Datum vom 28. Mai 1927 und ist von Herrn Claudius und den Herren Dr. Dietrich und Hauptmann a. D. von Paris unterzeichnet. Der Reichsbund aber, was hier nochmals betont sei, bezweckt als seinen Zweck, Lichtspieltheater zu produzieren und zu verbreiten, die im Sinne deutscher Kunst nationale Gedanken pflegen“; er will „mit den Möglichkeiten der Filmbranche verfahren, soweit es sich um von unheimlichem Geiste beherrschte, geschäftliche Manipulationen und um serienmäßige, absonderliche Tendenzen“ handelt. Der Reichsbund setzt sich aus einer Reihe rechtgerichteter Verbände zusammen, unter anderem dem Deutschnationalen Offiziersbund, Stahlhelm, Werra, Kaffing und Ruffhäuserbund. Es geht wirklich viel dazu, wenn die Devoli, die übrigens jetzt schon begonnen hat, Mitglieder für

den Reichsbund zu werben, die Stirn hat, ihren einseitigen politischen Charakter zu leugnen.“

Das ist klar und deutlich. Was im Sinne des Reichsbundes für Vaterländische Lichtspiele und der „Devoli“ unter „undenklichem Geiste“ und „zerstehenden abbaubenden Tendenzen“ zu verstehen ist, kann gar nicht zweifelhaft sein. Mit diesen Phrasen überzieht die deutsch-nationale Presse seit Jahren gegen die Sozialdemokratie, und es ist eine Unverschämtheit der „Devoli“, trotz dieser einseitigen Einstellung auch der Sozialdemokratischen Partei ihre Dienste anzubieten. Abgesehen davon genügt die Gemeinschaft mit dem Stahlhelm und dem in Preußen verbotenen Wiking sowie dem Deutsch-völkischen Offiziersbund, welsch Geistes Kind die „Devoli“ ist und was sie bezweckt.

Nachdem Vorstehendes bereits gesagt war, erhalten auch wir von der Devoli eine „Verichtigung“, die wie folgt lautet: „Die „Devoli“ ist ein noch rein kaufmännisches Grundbesitz aufgebautes großartiges Kellereinternehmen. Mit dem Reichsbund für Vaterländische Lichtspiele“ stehen wir nur in geschäftlichen Beziehungen. Die Beteiligung des Grafen von der Schulenburg ist die eines Gesellschafters und gänzlich unpolitisch. Ein Vertrag mit einer Münchner Firma besteht nicht. Wir beziehen unsere Filme von einer Berliner Firma und bringen wir nicht Filme nationalpolitischen Charakters, sondern Kultur-, Lehr- und vollkommen tendenzlose Unterhaltungsfilme. Im übrigen lehnen wir jede politische einseitige Agitation ab!“

Die gebührende Antwort auf diese Behauptungen hat der demokratische Zeitungsdienst bereits erlieht. Die Devoli ist erkannt!

Posa gegen die Deutschnationalen

Wie der frühere Führer über seine Partei denkt

Von Wilhelm Reil, M. d. R.

Die jüngere Generation weiß nicht viel von ihm, die alte hat ihn fast vergessen, den Staatssekretär des Reichsrichters, der in Raumburg a. d. S. seine alten Tage verlebte. Graf Posa, der in den politischen Kreisen früher kurz „Graf Posa“ genannt, ist nicht irgend-einer aus dem großen Kreis der noch unter uns weilenden Erzlebens Wilhelm II. Er war einer der bedeutendsten Männer, die in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege am Regierungsgeschehen teilnahmen. Schon als Achtundvierzigjähriger — die Minister wurden früher fast nur den vorgezeichneten Jahrgängen entnommen — ver-maltete er die Reichsministerien, um später damit das Amt des Reichsinnenministers (dem auch die gesamte Sozialpolitik anvertraut war) und das des stellvertretenden Reichskanzlers zu vertauschen. Nach seinem Rücktritt vom Ministeramt ward ihm die hohe Ehre der Berufung ins preußische Herrenhaus zuteil, und 1912 wählte ihn das gesamte Bürgertum im stampe gegen unsere Regierung zum Reichstagsabgeordneten für Posen. Hatte sich Graf Posa vor dem Kriege parteipolitisch nicht festlegen lassen (im Reichstage bezeichnete er sich als „wild“), so schenkte ihm nach dem Kriege die Deutschnationalen ihr Vertrauen in so hohem Maße, daß sie ihn in die Nationalversammlung entsandten und hier zu ihrem ersten Führer erkoren. Oft hat er in großen politischen Fragen für die Deutschnationalen das Wort geführt.

Nach langjähriger Zurückgezogenheit ist der Alte neuerdings wieder in den Vordergrund des politischen Lebens getreten. Und man muß ihm bezeugen, daß er als 83jähriger noch eine gute Klinge führt. Jetzt aber schwingt er gegen die Deutschnationalen. Die von den verarmten Sparern gegründete Volkspartei hat ihn an ihre Spitze gestellt. Diese neue Partei ist nur aus der Empörung heraus, die in den Kreisen des entlegenen Mittelstandes über die Aufwertungspläne der Deutschnationalen herrscht, entstanden. Trotzdem die alten Kleinrentner von den Parteien der Rechten zum Jungern verurteilt wurden und trotzdem die Sozialdemokratie von allen Reichstagsparteien sich ihrer am aufrichtigsten angenommen hat, können sie sich nicht von ihrer bürgerlichen Ideologie freimachen. Zwar hat manches dieser Opfer des deutschnationalen Verrats den Anschluß an die Sozialdemokratie gefunden, die Sparerverbände geben sich aber der irrigen Meinung hin, daß sie als neue Partei, die bestmöglichst mit einer kleinen Gruppe von Abgeordneten in den nächsten Reichstag einzieht, noch eine grundlegende Umgestaltung des Aufwertungsrechts durchsetzen können. Klar erkannt hat die neue Partei allerdings das eine, daß die Deutschnationalen ihre gefährlichsten Feinde sind.

In diesem Kampfe der Sparern gegen die Deutschnationalen liegt nun die geistige Nüchternheit in den Händen des weißbärtigen Grafen Posa. Seit verbreitet wird eine umfangreiche Broschüre unter dem Titel „Die Enteignung der Gläubigervermögen“, die 27 Aufsätze aus der Feder des Grafen enthält. Auf jeder Seite richtet er seine durchgeschliffenen Pfeile gegen die Partei, deren

Führer er früher war. Gleich im Wortort erhebt er die Anklage:

„Bei dem Antrag auf entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten haben sich sämtliche maßgebenden Reichsbehörden ebenso wie die Schuldverbände feierlich für die Unberücksichtigung des Privatigentums als Grundlage von Staat und Gesellschaft eingesetzt. Nur für die Forderungen der Gläubiger ist von denselben Stellen jener Grundsat nicht anerkannt, sondern durchbrochen.“

In den gesammelten Aufsätzen werden ferner die Erklärungen, Versprechungen, Forderungen der Deutschnationalen vor ihrem Eintritt in die Regierung mit den Tatsachen nach dem Eintritt mit aller wünschenswerten Gründlichkeit und kritischen Schärfe berichtigt.

Die Aufwertungsfrage ist für die Partei eine condition sine qua non (unerlässliche Bedingung) für ihren etwaigen Eintritt in die Regierung.“

So hatte Sergt im Juni 1924 im Reichstage erklärt. „Der Staat muß wieder ehlich werden; der Bruch gebrochener Versprechungen, die Verächtlichung garantierter Werte untergräbt jede Staatsautorität.“

So hieß es im deutschnationalen Wahlaufzug vom Dezember 1924.

Nach der Wahl erfährt man, bemerkt Posa, daß die Deutschnationale Volkspartei die Vorschläge Dr. West als zu weitgehend habe fallenlassen, nachdem vorher erklärt war, daß man Herrn Dr. West gerade wegen seiner Stellungnahme zur Aufwertungsfrage zur Reichstagswahl in sichere Aussicht genommen habe. Es hatten eben, so heißt es in einem andern Aufsatz, „die sechs Schuldverbände gesiegt“, nämlich die Verbände der Landwirtschaft, des Großhandels, der Industrie, des Handels, der Banken. „Schutz dem verfallenden Mittelstand“, so hieß es in großen Lettern im deutschnationalen Wahlaufzug. Nach der Wahl erkoren die Deutschnationalen Herrn Dr. Luther zum Kanzler, der die Aufwertungsfrage als einen „Satz“ bezeichnet hatte, der endgültig gerichtet werden müsse. Reichspräsident Hindenburg hat erklärt: „Das Recht ist die Grundlage und die Seele des Staates“, aber daß galt nur für die Rettung der Fürkendermögen.

Bei der Fürkenterenteigung sagte der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion in einem Aufzug: „Der Kommunismus, den zu härten der eigentliche Zweck ist, wird vor den Rechten der Kapitalgläubiger nicht haltmachen.“

Darauf Graf Posa, der frühere Führer der Deutschnationalen:

„Diese Verheißung ist leider eine rückwärtsgehende Prophezie, da schon die Aufwertungsfrage gebunden ist, welche die deutschnationale Fraktion gelöst hat, vor den Rechten der Gläubiger nicht haltmachen.“

Nimmerfort wiederholt sich in den Aufsätzen des alten Posa der bittere Spott über das zweierlei Recht, das die Deutschnationalen und die Regierung gelten lassen für die